

Hände weg von der Arbeitslosenhilfe !!!

(Aktionsobjekt gestaltet von euromarsch in Zusammenarbeit mit verschiedenen Berliner Erwerbslosengruppen und der KOS Bielefeld)

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

wir, eine Gruppe von Berliner Erwerbsloseninitiativen die sich in- und ausserhalb von Gewerkschaften organisiert haben, demonstrieren mit dem 7 Milliarden €uro Sparpaket für den Erhalt der Arbeitslosenhilfe. Ihr selbst werdet Euch auf dem DGB-Bundekongress ebenfalls mit dieser Problematik befassen. Die Arbeitslosenhilfe wird in den Anträgen 74, 52 und 55 direkt oder indirekt angesprochen.

Wir möchten Euch hier noch einmal vor Augen führen, was die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe für den Einzelnen Betroffenen bedeutet.

				
Allein Lebende/r		111 €uro minus	=	634 €uro
				
Ehepaar ohne Kind		304 €uro minus	=	1180 €uro
				
Ehepaar mit Kind		202 €uro minus	=	1480 €uro

unseren Alternativen:

Grundsicherung	=	750 Euro und Warmmiete
Mindestlohn	=	1500 €uro (Mindesteinkommen im Sinne des Antrags 25)

Wir fordern Euch auf, eine klare Stellungnahme zu beschliessen, aus der hervorgeht, dass der DGB den Erhalt der Arbeitslosenhilfe in der derzeitigen Höhe verlangt.
Nähere Ausführungen dazu auf der Rückseite dieses Blattes

Es kann nicht sein, dass wieder einmal die jetzt schon Armen die Zeche zahlen sollen.

„Nicht sparen bei den Armen, sondern streichen bei den Reichen!“
Hierfür sollten sich Erwerbstätige und Erwerbslose solidarisieren

Am 7. Juni wird im Rahmen des St.Florianstages (ehem. Jagodatag) dieses Objekt von Berliner Erwerbslosen in einer Demonstration von der SPD-Bundeszentrale vorbei am Bundesarbeitsministerium zur Bundeszentrale „Bündnis 90/Die Grünen“ getragen werden.

bitte wenden!

Das geht auch Dich was an!

Die Aufhebung der Arbeitslosenhilfe

Lieber Kollege, liebe Kollegin,

Arbeitslosenhilfe – das ist eine vom Arbeitseinkommen und der beruflichen Qualifikation abhängige Stütze, die – trotz aller Verschlechterungen in den letzten Jahren – bislang garantiert hat, daß Erwerbslose (es sind 800.000 Menschen davon betroffen) nicht in die Sozialhilfe rutschen. Die Sozialhilfe bezeichnet bei uns die Armutsgrenze. In Ostdeutschland wären die Folgen besonders dramatisch, weil hier fünf mal mehr für Arbeitslosenhilfe als für Sozialhilfe ausgegeben wird.

Mit Ausnahme der PDS setzen sich heute alle im Bundestag vertretenen Parteien dafür ein, daß diese Barriere gegen die Armut fallen soll. Die SPD formuliert es in ihrem Wahlprogramm etwas sanfter und spricht nur davon, daß Arbeitslosenhilfe „nicht vollständig auf Sozialhilfeniveau abgesenkt“ werden darf, aber auch sie geht die Arbeitsmarktpolitik in erster Linie unter dem Gesichtspunkt an, „Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt besser abzustimmen“.

Weißt Du, was das bedeutet?

- * **Das bedeutet für die heute Arbeitslosenhilfe Beziehenden bis zu 380 Euro weniger Geld im Monat – 80% von ihnen wären davon betroffen, die werden regelrecht in die Armut getrieben!**
- * **Es bedeutet, daß Arbeitslose vom Arbeitslosengeld, das nur einen kurzen Zeitraum überbrückt, direkt in die Sozialhilfe rutschen.**
- * **Und es bedeutet, daß sie da im Alter nicht mehr rauskommen, denn die Sozialhilfe begründet keine Rentenansprüche!**

Mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe – wie immer verbrämt – würde ein zentrales Element der dritten Säule unseres Sozialversicherungssystems geschleift – nach der Rente und der Gesundheit.

Zur Begründung heißt es immer wieder, es müßten „Anreize geschaffen werden“, Erwerbslose wieder in Arbeit zu bringen. Daß rund 7 Millionen Arbeitsplätze fehlen und in Ostdeutschland auf eine offene Stelle 20 BewerberInnen kommen, spielt in der Diskussion der Wirtschaft und der Politik keine Rolle. Gesellschaftliche Verantwortung für die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit soll es nicht mehr geben; jetzt ist der/die Erwerbslose selbst für ihr Schicksal verantwortlich, und wenn er oder sie keine zumutbare Arbeit findet, muß er oder sie eben bestraft werden.

Getreu der neoliberalen Parole „Jeder ist seines Glückes Schmied“ wird das Arbeitsmarktrisiko - und damit das Armutsrisiko – privatisiert. Das erinnert fatal an die Armengesetze in England im frühen 19. Jahrhundert, die jedwede Hilfe weniger erstrebenswert machte als noch den geringsten Lohn.

Was kannst Du tun?

Du kannst dafür sorgen, daß der dem Kongreß vorliegende Antrag zur Arbeitslosenhilfe vielleicht noch konkretisiert wird nach seiner Verabschiedung nicht in der Schublade verschwindet. Es ist auch in Deinem Interesse, jetzt Alarm zu schlagen und diesem Kernstück neoliberaler Dogmatik die öffentliche Unterstützung zu entziehen. Der DGB sollte ab sofort eine breite Kampagne gegen die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe beschließen, die er mit allen ansprechbaren gesellschaftlichen Kräften durchführt – und Du kannst Dich dafür einsetzen.

Der Wegfall der Arbeitslosenhilfe bedroht das gesamte Lohngefüge – und das geht auch Dich was an!

für den Runden Tisch der Erwerbslosenorganisationen und Sozialhilfeinitiativen

gez.: . Angela Klein

Die in der Diskussion befindliche Verkürzung der Dauer für die Arbeitslosengeld gezahlt werden soll (höchstens ein Jahr) und die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe lassen einen zur Zeit noch Beschäftigten bei Abbau seines Arbeitsplatzes (Meldung 23.05.02: Telekom baut 10.000 Arbeitsplätze ab) innerhalb eines Jahres auf Sozialhilfeniveau sinken.